

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

Polizei- als Erziehungsarbeit?

Zu einem zentralen Motiv deutscher Polizeiarbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Nadine Rossol

17.05.2019 / 17 Minuten zu lesen

Heute begegnen wir Polizist/innen hauptsächlich in ihrer Funktion als Ordnungshüter/innen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zog sich jedoch die Erwartung, dass Polizeiarbeit auch Erziehungsarbeit sein sollte, wie ein roter Faden durch die deutschen politischen Systeme.

Heute begegnen wir Polizist/innen hauptsächlich in ihrer Funktion als Ordnungshüter/innen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zog sich jedoch die Erwartung, dass Polizeiarbeit auch Erziehungsarbeit sein sollte, wie ein roter Faden durch die deutschen politischen Systeme. So betonte wenige Wochen nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung die "Preußische Schutzmanns-Zeitung" 1919, der Beruf des Polizisten umfasse "die vielen Eigenschaften, die auch das Erzieherische nicht entbehren".^[1] Kurze Zeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 war in der "Preußischen Polizeibeamten-Zeitung" zu lesen, der Polizist diene in "seiner dienstlichen Funktion als Erzieher des Volkes".^[2] Und 1955 schrieb die westdeutsche Zeitung "Die Polizei" hoffungsvoll, dass "die Zivilisierung des öffentlichen Lebens durch den vorbildlichen Polizeibeamten vorangetrieben" werde, und führte aus: "Dem Erziehungsgedanken wird ein hoher Dienst erwiesen, wenn auch das Publikum durch das Verhalten des Polizeibeamten erfährt, wie auch auf der Straße jeder den anderen in seinem menschlichen Anspruch zu respektieren hat."^[3]

Diese Auswahl zeigt, wie verschieden die Erziehungsvorstellungen waren. Die Vorbildfunktion der Polizei und ihre Verankerung im jeweiligen politischen System zählten ebenso dazu wie die tatsächliche Polizeiarbeit, die pädagogisch und manchmal disziplinierend wirken sollte. Natürlich wurden auch Informationen zur Verbrechens- und Gefahrenabwehr an die Bevölkerung vermittelt, wobei die Kategorien "Verbrechen", "Verbrecher" und "Gefahr" von 1918 bis in die 1950er Jahre sehr unterschiedlich definiert wurden. Daher erlaubt der Begriff "Erziehung" einen Zugriff auf die Erwartungen, Handlungsspielräume, Interpretationen und Interaktionen zwischen Polizei und Bevölkerung, die in Demokratien wie in Diktaturen von entscheidender Bedeutung waren, um politische Konzepte durchzusetzen. Besonders kristallisiert sich dies auf dem polizeilichen Wirkungsfeld der Verkehrskontrolle heraus, das im Folgenden jeweils als Beispiel betrachtet wird.

Weimarer Republik: Vom Schutzmann zum "Freund und Helfer"

Die Polizei der Weimarer Republik stand von Beginn an vor großen Herausforderungen. Die Revolution im November 1918 und die schwierigen Anfangsjahre der jungen Demokratie stellten den Glauben an die Fähigkeit der Polizei als Sicherheits- und Ordnungsorgan auf eine harte Probe. Das Kriegsende bedeutete, dass noch sehr viele Waffen im Umlauf waren, sodass nichtstaatliche Sicherheitsorganisationen zum Teil über mehr Waffen verfügten als die Polizei.^[4] So tummelten sich in der

Gesellschaft bis in die frühen 1920er Jahre verschiedene Organisationen auf dem eigentlichen Hoheitsgebiet der Polizei, darunter Einwohnerwehren, revolutionäre Sicherheitswehren, reaktionäre Freikorps und private Bürgerwehren. Sogar die Regierung schuf kurzerhand eine neue militarisierte und kasernierte Polizeitruppe, die sogenannte Sicherheitspolizei, bis Beschwerden der Alliierten zu ihrer Auflösung führten.^[5]

Die Polizei musste also glaubhaft versichern, dass sie die geeignete Organisation war, die bei Gefahr und Unsicherheit angesprochen werden sollte. Damit war die Erziehungsarbeit der Bevölkerung zunächst auch eine Kommunikationsaufgabe. Im Juni 1921 entstand die Beratungsstelle zum Schutz gegen Einbruch und Diebstahl bei der Berliner Polizei, und ab 1925 fanden sich entsprechende Stellen in den meisten deutschen Großstädten. Die Resonanz der polizeilichen Beratungsstellen hing deutlich vom (Un-)Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ab, denn mit sinkender Kriminalitätsrate Mitte der 1920er Jahre nahm auch die Zahl der Ratsuchenden ab. Allerdings erweiterten die polizeilichen Beratungsstellen ihr Angebot und boten Informationen zur Betrugsverhütung sowie zur Vermeidung anderer Gefahren an.^[6]

Das Ziel der eigenen Arbeit formulierte die Fachzeitung "Die Polizei" im Mai 1929 unter dem Titel "Die Polizei als Erzieher des Volkes" im staatsbürgerlichen Sinne als Erziehung zu Bürgertugenden, durch die ein friedliches Miteinander gewährleistet werden sollte, und betonte, dass dies nicht durch abschreckende Maßnahmen, sondern durch Überzeugungsarbeit erreicht werden sollte.^[7] Bis dahin war es allerdings ein weiter Weg.

Zunächst brauchte die Polizei der Weimarer Republik ein neues Image, das sie klar vom Bild des Schutzmanns aus der Kaiserzeit abgrenzen sollte. Im besten Fall hatten die Intellektuellen des Kaiserreichs über den sprichwörtlich gewordenen preußischen Schutzmann mit Pickelhaube gespottet.^[8] Tatsächlich war die Polizei im kaiserlichen Deutschland aber kein Scherz gewesen und die Beamten angehalten, die Klassengesellschaft der Zeit aufrechtzuerhalten und wenn nötig hart gegen die Arbeiterschicht vorzugehen. Dies galt vor allem während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890, aber auch in der Zeit danach wurden häufig Kleinigkeiten als potenzielle Angriffe auf den Staat interpretiert und entsprechend hart reagiert.

Damit galt es in der Weimarer Republik aufzuräumen, um zu zeigen, dass die neue Polizei allen Bürger/innen verpflichtet war, ohne Klassen- oder Standesunterschiede zu machen – eine Vorstellung, die die Zeitung "Die Polizei" bereits 1919 als Handlungsanweisung formulierte: "Ein Polizeibeamter soll bekanntlich ein Freund, Helfer und Berater sein. Er soll das Vertrauen der Bevölkerung genießen und der Mann sein, an den man sich in der Not wendet. (...) Wenn er den richtigen Ton finden und sich das Vertrauen aller erhalten will, muss er alles Schrofne von sich abstreifen und in beinahe väterlicher Weise auf die Leiden und Nöte seiner Volksgenossen eingehen."^[9] Nur so konnte die Polizei die Bevölkerung überzeugen, mit polizeilichen Stellen zusammenzuarbeiten.

Im Herbst 1926 wurde die Große Polizeiausstellung in Berlin eröffnet, die erste große Imagekampagne der Polizei der neuen demokratischen Republik. Geplant wurde die Ausstellung unter Federführung des Preußischen Innenministeriums mit dem hoch gesteckten Ziel, die Polizei in ihrer vielfältigen Tätigkeit der Öffentlichkeit näherzubringen. Die Ausstellungsmacher wollten eine bürgernahe, kompetente, freundliche und hilfsbereite Polizei zeigen. Knapp 500.000 Menschen besuchten die Ausstellung, deren umfangreiches Rahmenprogramm Polizeikonzerne, Detektivfilme, Vorfürhungen mit Motorrädern sowie Veranstaltungen mit Polizeihunden und Polizeipferden umfasste.^[10] Auch andere Städte versuchten mit Ausstellungen und Veranstaltungen in den 1920er Jahren, ein positives Bild der Polizei zu vermitteln.^[11] Die Düsseldorfer Polizei etwa präsentierte 1930 einen eigens hergestellten Film mit dem programmatischen Titel "Dienst am Volk".^[12]

Ein Gebiet, auf dem die Polizei sich in diesem Sinne besonders bemühte, war der verkehrspolizeiliche Bereich. Dieses häufig als trivial angesehene Aufgabenfeld war für die Polizei der 1920er Jahre enorm herausfordernd, denn es verband Modernität, technologischen Fortschritt und Erziehung. Der rasch ansteigende Verkehr, die fehlende Einheitlichkeit von Straßenverkehrsregeln und das ungeschulte Verhalten der Bevölkerung machten die Regelung von Verkehrsfragen besonders dringlich.^[13] Zugleich wollte die Polizei nicht den Anschein erwecken, dem technologischen Fortschritt entgegenzuwirken oder gar "verkehrsfeindlich" zu sein. So erinnerte das Preußische Innenministerium seine Polizisten daran, dass die Überwachung des Verkehrs freundlich und erzieherisch stattzufinden habe und nicht kleinlich oder strafend.^[14]

Dies war nicht immer einfach, denn die Polizei merkte schnell, dass Bürger sich nicht nur falsch verhielten, weil sie es nicht besser wussten, sondern weil sie keine Lust hatten, Regeln zu befolgen. Der Chef der Dortmunder Schutzpolizei folgerte daraus, dass sich Erwachsene nur schwer an neue Umstände anpassen könnten, und verlangte eine Intensivierung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.^[15] Polizeimajor Seyffahrt der Berliner Verkehrspolizei beschrieb die Idee einer Verkehrsgemeinschaft, die die Pflichten aller betonte, so: "Die Polizei braucht jeden einzelnen, jeden Fußgänger, Radfahrer, Kutscher und Kraftfahrer und vor

allem jeden Schüler und jede Schülerin, wenn der Verkehr vernünftig geregelt und Unfälle verhütet werden sollen." Er schlussfolgerte, dass bei erfolgreicher Arbeit Deutschland kein Land der Polizei mehr wäre, "weil jeder auf sich selbst acht gibt und jedermann sein eigener Schupo ist."^[16]

Die neue Rolle als Freund, Helfer und Erzieher wurde der Polizei jedoch nicht von allen abgenommen. Schlechte Erfahrungen mit der Polizei des Kaiserreichs saßen tief, und auch die Polizisten der Weimarer Republik gingen mitunter brutal gegen Demonstranten, besonders der politischen Linken, vor.^[17] Die Polizei wusste um diese Probleme. Fachzeitungen betonten, dass die Bevölkerung noch nicht daran gewöhnt sei, die Polizei als hilfsbereiten Ansprechpartner zu sehen, ignorierten zugleich aber polizeiliche Fehler, die diese Vertrauensbildung erschwerten.^[18]

[Link:]

Nationalsozialismus: Polizei im Dienste der Erziehung zur "Volksgemeinschaft"

Der Nationalsozialismus brachte ab 1933 für die Polizei große Veränderungen mit Blick auf ihre Arbeit und organisatorische Entwicklung. Gleichschaltung, Zentralisierung und Militarisierung bedeuteten, dass die in der Weimarer Republik noch auf Länderebene organisierte Polizei zentral strukturiert war. Außerdem rückte sie näher an die SS: 1936 wurde Heinrich Himmler zum Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei in Personalunion ernannt.^[19] Bis Mitte der 1930er Jahre wurden die Befugnisse der Gestapo so weit ausgebaut, dass die ehemalige Polizeibehörde ihren eigenen Machtanspruch geltend machte und Zuarbeit von anderen Polizeistellen forderte. Trotz der großen Bedeutung der Gestapo war die verbrecherische Politik des Nationalsozialismus jedoch nur durch die Mitarbeit des gesamten Polizeiapparats möglich – sie bezog die uniformierte Polizei ebenso ein wie die Kriminalpolizei.^[20] Auch war die Gestapo auf die Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen, um an Informationen zu gelangen.

Nicht nur die neu definierten Feinde des "Dritten Reichs" fielen in die Zuständigkeit der Polizei. Auch die sogenannten Volksgenossen sollten zur Mitarbeit an der repressiven Polizeiarbeit ermutigt werden oder diese wenigstens nicht behindern. Die Polizei hatte ihren Anteil daran, dies zu fördern und die Idee der klassenlosen "Volksgemeinschaft" zu propagieren. Polizisten wurden angehalten, sich volkstümlich auszudrücken und keine Klassenunterschiede zu machen.^[21] Ebenso sollten sie als erzieherisches Vorbild dienen, wie die NS-Polizeizeitung "Der deutsche Polizeibeamte" Anfang 1934 betonte: "Besonders wende ich mich an die Uniformträger, denen ich es einhämmern möchte, wie unerhört wichtig und unersetzlich ihr Teil an der Erziehungsarbeit am deutschen Volke gestaltet ist. (...) Von unserem Beispiel strahlt Erziehung in das Volk, findet zunächst Anerkennung, dann Achtung und schließlich Nachahmung."^[22] Es wurde mehr als nur eine reine Vorbildfunktion verlangt, der Polizeibeamte sollte der "beste Propagandist für den Führer und seine Arbeit" sein.^[23] Damit wurden die Erwartungen an die polizeiliche Arbeit mit dem persönlichen Bekenntnis des Einzelnen verknüpft.

Auch im Nationalsozialismus sollte die Polizei durch öffentlich wirksames Auftreten ihre Verbindung sowohl zum Staat als auch zur Bevölkerung veranschaulichen. An "Tagen der Deutschen Polizei", mit denen sich die Polizei in die jährlich stattfindenden Großinszenierungen im "Dritten Reich" einreichte, wurden bereits in der Weimarer Zeit erprobte Aktivitäten dargeboten: Polizeisportfeste, Filme, Vorführungen mit Hunden und Pferden, Kriminalitätsbekämpfungsvorschläge und Verkehrserziehungsmaßnahmen kennzeichneten diese Tage. Außerdem sammelte die Polizei dabei Spenden für die NS-Wohltätigkeitsorganisation Winterhilfswerk. Damit sollte Volksverbundenheit und ideologische Verankerung der Polizisten betont und zugleich klar kommuniziert werden, wen die Polizei als zur "Volksgemeinschaft" dazugehörig ansah und wen nicht:^[24] Es wurde nur für "anständige Volksgenossen" gesammelt und über "Staatsfeinde und Volksschädlinge" aufgeklärt.^[25] Die Veranstaltungen der Polizei kommunizierten Einschluss und Ausschluss und gaben Handlungsvorgaben an die Bevölkerung. Sie hatten allerdings auch interne Adressaten und machten deutlich, dass es für die Polizei keine andere Rolle mehr geben sollte als die einer Stütze des NS-Staates.

Bei der Verkehrsüberwachung sahen sich Polizisten im Nationalsozialismus mit ähnlichen Problemen wie in der Weimarer Zeit konfrontiert. Allerdings verschärfte sich der Ton jetzt deutlich. Die NS-Propaganda interpretierte die "Verkehrsgemeinschaft" als ein Symbol der "Volksgemeinschaft", die durch das regelwidrige Verhalten Einzelner ge- und beschädigt werde.^[26] Zur Verkehrserziehungswoche im Sommer 1934 hieß es, ganz an die neuen Machthaber angepasst: "Der Begriff Disziplin hat im neuen Deutschland einen neuen Klang bekommen, der Nationalsozialismus stellt über die individualistische Anschauung der

verflossenen liberalen Epoche, den Führergedanken und die Einordnung und Unterordnung der Einzelpersönlichkeit unter das Gesamtwohl."^[27]

Polizeiliche Maßnahmen brachten wie bereits in den 1920er Jahren keinen Rückgang der Unfallzahlen, und den Behörden riss langsam der Geduldsfaden. Im Juni 1938 verkündete Propagandaminister Joseph Goebbels in seiner Ansprache zum Auftakt der reichsweiten Aktionswoche "Augen auf im Straßenverkehr", dies sei das letzte Mal, dass Verkehrsregeln erklärt werden. Danach werde streng bestraft.^[28] So konnte die Polizei ab 1938 ohne Einschaltung der Justiz Strafen verhängen, etwa die Entziehung der Fahrerlaubnis, die öffentliche Bekanntgabe von betrunkenen Fahrzeugführern und sogar Polizeihaft.^[29]

Mit dem Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Einschränkungen des zivilen Verkehrs verschwand mit der Verkehrsüberwachung ein wichtiges polizeiliches Thema nahezu völlig von der Bildfläche. Die ersten Verkehrserziehungsaktivitäten fanden allerdings bereits 1945 und 1946 statt – nun ging es nicht mehr um die "Volksgemeinschaft", sondern um "Straßenfrieden" und "Verkehrsdisziplin".

[Link:]

Neuanfänge nach 1945? Polizei und Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre stellten die Polizeikräfte in allen Teilen Deutschlands vor gravierende Probleme. Dies lag an der bedenklichen sicherheitspolitischen Lage, die in Verbindung mit der schlechten Lebensmittelversorgung, dem Mangel an Heizmaterial und Wohnraum eine Situation erzeugte, in der polizeiliche Regeldurchsetzungsversuche ins Leere liefen. Die Bekämpfung des Schmuggels und des Schwarzmarkts wurden von einem Großteil der Bevölkerung als unangebrachtes Eingreifen in ihren täglichen Kampf um das Nötigste angesehen.^[30] Die Polizei wusste, dass sie wenig ausrichten konnte, und verlangte ihrerseits eine baldige Verbesserung der Situation.

Während die alltägliche Versorgungslage langsam besser wurde, musste eine neue Gründungserzählung für die Polizei gefunden werden. Das galt für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Die SBZ und später die DDR präsentierte ihre Polizei stolz als wahre "Volkspolizei", die anfänglich ihre Mitglieder bewusst so rekrutierte, dass sie keine polizeilichen Vorkenntnisse hatten.^[31] Damit sollte vermieden werden, dass Polizisten, die im "Dritten Reich" gedient hatten, in die Polizei kamen. Diese neue Polizei, die die Bedeutung einer antifaschistischen Einstellung vor polizeiliche Expertise setzte, entsprach den Leitmotiven, die die DDR propagierte. Hier brach die DDR aus ideologischen Gründen mit einer Praxis, die Weimarer Republik, NS-Diktatur und Bundesrepublik verband: Sie alle verließen sich auf erfahrene Polizeibeamte, die schon in vorigen politischen Systemen gedient hatten.

Die Traditionsbildung für die westdeutsche Polizei stand im klaren Gegensatz zur DDR und knüpfte an die demokratische Polizei der Weimarer Republik an. Dazu wurden die Jahre des Nationalsozialismus vage als "dunkle Zeit" bezeichnet, in der die ehemals demokratische Polizei unter Zwang hatte handeln müssen.^[32] Damit war die Legendenbildung der bundesrepublikanischen Polizei nicht weit von jenem Muster entfernt, wie ein Großteil der deutschen Bevölkerung die Vergangenheit erinnern wollte.

Dass ein gutes Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung Zeit brauchen würde, war offensichtlich. Nordrhein-Westfalens Innenminister Hubert Biernat betonte 1956 in seiner Eröffnungsrede zur Internationalen Polizeiausstellung in Essen, die sich explizit auf die Große Polizeiausstellung von 1926 bezog, dass der Polizist Helfer, Erzieher und Vorbild sein müsse und so das Bewusstsein aller für Ordnung und Wohlverhalten wach halten sollte.^[33] Diese Ansicht wurde mit dem Konzept des Polizisten als "Bürger in Uniform" komplettiert, das auch zum Leitbild der Soldaten der Bundeswehr werden sollte. Die Zeitung der Gewerkschaft der Polizei, "Deutsche Polizei", schrieb Mitte der 1950er Jahre, Polizisten seien lediglich "Bürger unter Bürgern",^[34] während der Polizeipräsident von Frankfurt am Main erklärte, es müsse gelingen "den Bürger zum Staatsbürger und den Polizeibeamten zum Staatsbürger in Uniform zu erziehen."^[35]

Mit diesen staatsbürgerlichen Erziehungszielen für die Polizei und für die Bevölkerung wurde eine Zukunftsvorstellung beschworen, die sich deutlich von der Zeit des Nationalsozialismus unterscheiden sollte. "Die Polizei" beschrieb Anfang 1950 jedoch treffend, dass das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung noch labil sei, wobei das Leitbild "des Menschen in Uniform" sich hoffentlich bald etabliere.^[36]

In der DDR war das Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung kein einfacheres. Die ostdeutsche Polizeizeitung "Die Volkspolizei" betonte wiederholt, dass die Volkspolizisten noch an sich arbeiten müssten, um wirklich von der Arbeiterschaft akzeptiert zu werden.^[37] Aber auch die Bevölkerung sollte die Polizei unterstützen.

Zwei Jahre nach der Bundesrepublik organisierte die DDR 1958 eine Polizeiausstellung, die in Ost-Berlin gezeigt wurde und anschließend als Wanderausstellung durch Ostdeutschland zog.^[38] Der offizielle Führer durch die Ausstellung adressierte die Besucher/innen mit dem Hinweis: "Sie haben einen kleinen Einblick in die umfangreichen Aufgaben der Volkspolizei zum Schutze unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht und auch zu Ihrem Schutze erhalten. Wir glauben, dass Sie die Erkenntnis gewonnen haben, dass die Erfolge der Volkspolizei bei der Lösung dieser Aufgaben noch größer sein werden, wenn auch Sie mithelfen und die Volkspolizei unterstützen."^[39] Natürlich konnte die Bevölkerung der Volkspolizei sogar noch mehr helfen, als dies in Westdeutschland möglich war. Seit Anfang der 1950er Jahre konnten "freiwillige Helfer" oder "Abschnittsbevollmächtigte" die Polizei auf lokaler Ebene unterstützen – eine Mitarbeit, die nie auf gleichberechtigter Basis stattfand und sich zwischen Hilfe bei Großereignissen, staatstremem Anzeigeverhalten und Spitzelei einpendelte.^[40]

Die polizeilichen Aufgabengebiete der Verkehrskontrolle und der Verkehrserziehung wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in einen gesellschaftspolitischen Interpretationsrahmen eingebettet, der für beide deutschen Staaten wichtig war. Nach ersten Verkehrserziehungsaktionen in Leipzig 1945 folgten im Westen Hamburg, Berlin, Dortmund und kleinere Städte wie Lünen oder Castrop-Rauxel 1946. Landesweite Aktionen unternahm die Bundesrepublik 1950 nach dem Vorbild der ostdeutschen Verkehrserziehungswochen 1947 und 1949.

Diese Maßnahmen fanden vor Trümmer- und Schuttbergen in einer Zeit statt, die deutlich größere polizeiliche Herausforderungen aufweisen konnte als Verkehrskontrolle. Dass sie trotzdem umgesetzt wurden, zeigt, dass hier Polizeiaufgaben zu Erziehungsfragen einer zivilen Nachkriegsgesellschaft gemacht wurden.^[41] Ordnung, Disziplin und das Einhalten von Verkehrsregeln wurden als Indikatoren von Anstand, Höflichkeit und gemeinschaftlich umsichtigem Verhalten interpretiert. Verkehrserziehung wurde zu einer Lektion in staatsbürgerlichen Pflichten. Die angebliche "Verwilderung" im gesetzesfreien Raum der frühen Nachkriegsjahre sollte beendet werden. Im Oktober 1947 verband die "Sächsische Zeitung" Verkehrssicherheit mit staatsbürgerlicher Verantwortung, indem sie hervorhob, dass die Verkehrserziehungswoche zeigen müsse, dass die freiwillige Einordnung und Selbstdisziplin demokratische Pflichten seien.^[42]

In der Praxis stießen diese polizeilichen Erziehungsversuche auf öffentlichen Unwillen und zogen oft die bewusste Entscheidung nach sich, den Empfehlungen der Polizei nicht zu folgen – ein Verhalten, das in der DDR viel schwieriger war als in der Bundesrepublik. Die Konsequenzen, die regelwidriges Verhalten nach sich ziehen konnte, unterschieden sich in West- und Ostdeutschland deutlich. Aber die Tatsache, dass der neue demokratische Staatsbürger auch die Freiheit haben musste, sich falsch und regelwidrig zu verhalten und die entsprechenden Konsequenzen zu tragen, wurde selbst in der Bundesrepublik selten thematisiert.

Fazit

Polizeiliche Erziehungsversuche machten einen wichtigen Bestandteil der Polizeiarbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus, auch wenn die Ziele dieser Erziehungsarbeit sehr unterschiedlich waren. Je nach politischer Vorgabe sollte die Polizei durch vorbildliches Verhalten und gezielte Polizeiarbeit die Deutschen entsprechend zu guten Demokraten, Nationalsozialisten und Bürgern erziehen.

Jenseits der politischen Vorgaben fruchteten die erzieherischen Ansätze der Polizei besonders dann, wenn die Bevölkerung ihr die Expertise in diesem Bereich zuschrieb, wie in den polizeilichen Beratungsstellen der 1920er Jahre. Wenn die Erziehungsarbeit der Polizei als kleinlich und unnötig aufgefasst oder als inadäquater Ersatz statt "wirklicher Polizeiarbeit" angesehen wurde – ein Eindruck, der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren aufkam, obwohl die Polizei wenig an der schwierigen sicherheitspolitischen Lage und unzureichenden Lebensmittelversorgung ändern konnte –, nahm die Bereitschaft, polizeiliche Regelungen zu befolgen, rapide ab.

Die Idee des paternalistischen "Vater Staat", der durch polizeiliche Erziehungsarbeit auf seine Bürger/innen einwirken konnte, wurde in Ostdeutschland durch die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1953, in Westdeutschland spätestens im Zuge der Studentenproteste der 1960er Jahre hinfällig. Die Regierungen beider deutschen Staaten sahen sich nun durch Teile der eigenen

Bevölkerung herausgefordert. Die folgenden Kontroversen um Polizeigewalt, Rasterfahndungen oder rechtsextreme Tendenzen in der Polizei ließen sich kaum noch mit der Idee der erzieherischen Polizeiarbeit verbinden.

Heute begegnen wir der Polizei einzig im Rahmen der schulischen Verkehrserziehung noch als Erzieherin. Dies hat jedoch weniger mit einem staatlich-erzieherischen Impetus zu tun als mit der Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen ein positives Image der Polizei zu vermitteln.

Fußnoten

[1] Mit dem Volk und für das Volk!, in: Preußische Schutzmanns-Zeitung, 6.9.1919.

[2] Die objektive und subjektive Einstellung des Polizeibeamten, in: Preußische Polizeibeamten-Zeitung, 24.6.1933.

[3] Pädagogische Betrachtung polizeilicher Aufgaben, in: Die Polizei 11–12/1955.

Vgl. Benjamin Ziemann, War Experience in Rural Germany 1914–1923, Oxford 2007, S. 228; Klaus Weinbauer, Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versammlungsdemokratie und staatlicher Sicherheit 1890–1933, in: Friedrich Legner (Hrsg.), Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1933, München 2013, S. 75–78; Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933, Essen 2001.

Vgl. Nadine Rossol, Incapable of Securing Order? The Prussian Police and the German Revolution 1918/19, in: Klaus Weinbauer et al. (Hrsg.), Germany 1916–1923. A Revolution in Context, Bielefeld 2015, S. 63–67; Johannes Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, Frankfurt/M. 1968.

[6] Vgl. Patrick Wagner, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeption und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996, S. 107f.

[7] Die Studierstube: Die Polizei als Erzieher des Volkes, in: Die Polizei, 5.5.1929.

[8] Vgl. etwa Alfred Kerr, Wo liegt Berlin? Briefe aus der Reichshauptstadt 1895–1900, Berlin 1998, S. 195.

[9] Zur Reform der Polizei, in: Die Polizei, 31.7.1919.

Vgl. Nadine Rossol, Die deutsche Polizei im Wandel der Gesellschaften und politischen Systeme, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), [10] "Das deutsche Volk und die Politik". Hugo Preuß und der Streit um "Sonderwege", Berlin 2017, S. 251–276, hier S. 256ff. Für einen zeitgenössischen Überblick vgl. Wilhelm Abegg, Aufbau und Gliederung der Grossen Polizeiausstellung, Berlin 1926.

Vgl. z.B. Eröffnung der Polizeiausstellung in Danzig, in: Vossische Zeitung, 11.7.1924; Preußen auf der Karlsruher [11] Polizeiausstellung, in: Vossische Zeitung, 16.6.1925; Polizei und Bürger. Zur Ausstellung im Frankfurter Polizeipräsidium, in: Frankfurter Zeitung, 28.11.1926.

Carsten Dams, Vom "Dienst am Volk" zum "Tag der Deutschen Polizei." Öffentlichkeitsarbeit und Selbstinszenierung der [12] Düsseldorfer Polizei in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: ders. et al. (Hrsg.), Dienst am Volk? Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt/M. 2007, S. 147–151.

[13] Vgl. Dietmar Fack, Automobil, Verkehr und Erziehung. Motorisierung und Sozialisation zwischen Beschleunigung und Anpassung 1885–1945, Opladen 2000.

[14] Vgl. RdErl. MdI, 17.6.1926, in: Ministerial-Blatt der Preußischen inneren Verwaltung, 23.6.1926.

[15] Vgl. Zur Frage der Verkehrsbeschulung der Jugend, in: Die Polizei, 5.12.1927.

[16] Welches Interesse hat die Polizei an der freundlichen Mitarbeit des Publikums bei der Verkehrsunfallverhütung und insbesondere an der Verkehrserziehung der Jugend?, in: Verkehrswarte 12/1932, S. 183.

Vgl. Thomas Lindenberger, Vom Säbelhieb zum "sanften" Weg? Lektüre physischer Gewalt zwischen Bürgern und Polizisten [17] im 20. Jahrhundert, in: Werkstatt Geschichte 35/2003, S. 7–22; Richard Bessel, Policing, Professionalisation and Politics in Weimar Germany, in: Clive Emsley/Barbara Weinberger (Hrsg.), Policing Western Europe, Westport 1991, S. 178–218.

Vgl. etwa Polizei und Publikum, in: Die Polizeipraxis, 1.6.1926; Die Schutzpolizei und die öffentliche Meinung, in: Die Polizei, [18] 5.3.1924; Volkspolizei und Polizeivolk, in: Der Preußische Polizeibeamte, 30.3.1929; Polizeistaat und Rechtsstaat, in: Die Polizeipraxis, 15.10.1927.

Einen guten Überblick über organisatorische Veränderungen bietet Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat, Paderborn [19] 1997. Für einen Überblick über neuere Forschungen vgl. Wolfgang Schulte (Hrsg.), Die Polizei im NS-Staat, Frankfurt/M. 2009.

Lange machte die Polizei die Gestapo und andere NS-Organisationen wie die SS als Hauptschuldige für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich. Ab den 1990er Jahren richtete sich die Polizeiforschung verstärkt auf die Rolle der [20] Kriminalpolizei und der uniformierten Polizei im "Dritten Reich", die in verschiedenen Arbeiten zu deutschen Großstädten untersucht wurde. Zu einem Umdenken in der Bewertung der Polizei führte u.a. die bahnbrechende Studie von Christopher R. Browning, Ordinary Men: Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1993.

[21] Vgl. Erneuerung der Sprache des Polizeibeamten – auch eine Forderung des Tages!, in: Der deutsche Polizeibeamte, 1.1.1934.

[22] Wie viel NS Weltanschauung gibt es?, in: Der deutsche Polizeibeamte, 15.2.1934.

[23] Kameraden der deutschen Polizei, in: Der deutsche Polizeibeamte, 25.3.1936.

[24] Vgl. Rossol (Anm. 10), S. 263ff.

Westdeutscher Beobachter, 19.12.1934, zit. nach Willy Hansen, Zwischen Selbstdarstellung und Propaganda-Aktion: [25] "Verkehrserziehungswochen" und "Tage der Deutschen Polizei" als Beispiele der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit im NS-Staat, in: Harald Buhlan/Werner Jung (Hrsg.), Wessen Freund und wessen Helfer? Die Kölner Polizei im Nationalsozialismus, Köln 2000, S. 230–262, hier S. 246.

[26] Vgl. Kampf der Gefahr, Nr. 3, Juli 1934.

[27] Kampf der Gefahr, Nr. 3, Juni 1934.

[28] Vgl. Verkehrsgemeinschaft ist Volksgemeinschaft (J. Goebbels), in: Die deutsche Polizei, 1.7.1938.

Vgl. Gerhard Fürmetz, "Kampf um den Straßenfrieden". Polizei und Verkehrsdisziplin in Bayern zwischen Kriegsende und [29] beginnender Massenmotorisierung, in: ders. et al. (Hrsg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 199–229, hier S. 202.

Vgl. Herbert Reinke, "Ordnung, Sicherheit und Hilfe". Die Anfänge der Volkspolizei in den sächsischen Großstädten Leipzig [30] und Dresden 1945–1947, S. 51–70, hier S. 57–68; Stefan Noethen, Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953, Essen 2003; Laura J. Hilton, The Black Market in History and Memory. German Perception of Victimhood from 1945–1948, in: German History 4/2010, S. 479–497.

Vgl. Richard Bessel, Policing in East Germany in the Wake of the Second World War, in: Crime, History & Societies 2/2003, S. [31] 5–21. Für eine umfangreiche Studie über die Volkspolizei vgl. Thomas Lindenberger, Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln 2003.

Vgl. Klaus Weinbauer, Die Last der Vergangenheit. Schutzpolizei in der Bundesrepublik zwischen NS-Vergangenheit und [32] Weimarer Tradition, in: Karl Christian Führer et al. (Hrsg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 365–387, hier S. 375f.

Vgl. Hermann Knoche/Herbert Kalicinski (Hrsg.), Die Internationale Polizeiausstellung 1956 Essen – IPA – in Wort und Bild, [33] Essen 1957, S. 32; Rossol (Anm. 10), S. 270.

[34] Braucht eine demokratische Polizei ein Prestige?, in: Deutsche Polizei 1/1956.

[35] Bürger und Polizei, in: Die Polizei 1/1954.

[36] Die immer noch gefährliche Pickelhaube, in: Die Polizei 3–4/1951.

Vgl. etwa Die neue Polizei, in: Die Volkspolizei, Nr. 1, März 1948. Zur Zeitung siehe auch Thomas Lindenberger, Führungsorgan
[37] aller Volkspolizisten?, in: Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hrsg.), Zwischen "Mosaik" und "Einheit".
Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, S. 508–514.

[38] Vgl. Rossol (Anm. 10), S. 273f.

[39] Ausstellung der Volkspolizei 2–18.5.1958, S. 108.

Vgl. Thomas Lindenberger, Vaters kleine Helfer. Die Volkspolizei und ihre enge Verbindung zur Bevölkerung 1952–1965, in:
[40] Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und
Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 229–253, hier S. 234f.

Vgl. Nadine Rossol, Policing, Traffic Safety Education and Citizenship in Post-1945 West Germany, in: Journal of
[41] Contemporary History 2/2018, S. 339–360, hier S. 339f.

[42] Vgl. Besonnenheit im Verkehr, in: Sächsische Zeitung, 15.10.1947.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz "[CC BY-NC-ND 3.0 DE - Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)" [Link:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>]. veröffentlicht. Autor/-in: Nadine

[Link:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>]
Rossol für Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de

Sie dürfen den Text unter Nennung der Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 DE und des/der Autors/-in teilen.

Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.

[Sie wollen einen Inhalt von bpb.de nutzen? \[Link: https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955/nutzungsrechte/\]](https://www.bpb.de/die-bpb/faq/184955/nutzungsrechte/)